Morgen- № 221. Ausgabe.

Berlin, Sonnabend, den 13. Mai 1893.

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Bezugs-Preis:
Vierteljährl. für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Botenlohn, für ganz Deutschland und Oesterreich 9 Mk.

Für Frankreich, Belgien, England, Schweiz, Amerika u. s. w. Kreuzband-Sendung 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen: für Frankreich bei Aug. Ammel in Straßburg i. E., für England bei Aug. Siegle in London, 30 Lime Street E. C., Cowie & Co. in London, 19 Gresham Street E. C.

# Berliner Börsen-Zeitung.

Bestellungen werden angenommen bei allen Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen:
Verdingungs-Anzeiger.
Hôtels- und Bäder-Anzeiger
Vollständige Ziehungslisten der Preußischen Klassen-Lotterie.
Allgemeine Verloosungs-Tabellen mit Restanten-Listen
und viele andere wichtige tabellarische Uebersichten.

Insertions-Gebühr:
die viergespaltene Zeile 40 Pf., Reclametheil 80 Pf., die ganze Seite 200 Mark.

Expedition der Berliner Börsen-Zeitung: Berlin W., Kronenstraße No. 37. — Annahme der Inserate: in der Expedition.

## Die Fürsorge für die Volksschule.

Dem gegenwärtigen Cultusminister Dr. Bosse darf das Zeugniß nicht vorenthalten werden, daß er seit Beginn seiner Amtsführung nach Kräften bemüht ist, den auf dem Gebiete des höheren wie des Volksschulwesens vorhandenen Mißständen abzuhelfen, soweit dies nach Maßgabe der vorhandenen Mittel möglich ist. So wünschenswerth und dringend es auch ist, daß das in der Verfassung verheißene allgemeine Schulgesetz endlich zu Stande kommt, daß wenigstens ein Dotationsgesetz geschaffen wird, so läßt es sich begreifen, daß er nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht sogleich an die allgemeine Ordnung des Schulwesens herantritt, sondern vorläufig mit diesem Abgeordnetenhause versucht, auf dem Wege der Specialgesetzgebung eine Besserung der Verhältnisse herbeizuführen. Dem Landtage hat der Unterrichtsminister in dieser Session bekanntlich zwei Gesetzentwürfe vorgelegt, von denen der eine, das Gesetz über die Bildung von Pensionskassen für Volksschullehrer und Lehrerinnen innerhalb der Regierungsbezirke, bereits vom Herrenhause erledigt ist und auch im Abgeordnetenhause im Ganzen eine sympathische Aufnahme gefunden hat, obwohl hier sonderbarer Weise von clericaler Seite Verfassungsbedenken geltend gemacht sind; hoffentlich wird dieser Entwurf recht bald Gesetz werden, nachdem die an ihn geknüpften Befürchtungen hinsichtlich eines Steigens der Pensionslasten durch den Ministerialdirector Kugler durch den Hinweis darauf hinfällig gemacht sind, daß der Staat bei den Pensionirungen das Interesse der Allgemeinheit genügend vertreten werde, weil er zu denselben ja den Zuschuß von je 600 Mark zu leisten habe.

Das zweite Gesetz, welches zur Unterstützung unvermögender Gemeinden bei Schulbauten und zur Abhilfe gegen die schreiendsten Mißstände bei den Lehrerbesoldungen bestimmt war, hat dem Abgeordnetenhause zuerst vorgelegen, weil mit ihm Ausgaben des Staates verbunden sind, und hat hier durch die conservativ-clericale Majorität eine Verschlechterung erfahren, welche mit Rücksicht auf die trostlose Lage der Hälfte der Preußischen Lehrerschaft im höchsten Grade zu bedauern ist. Nach der Regierungsvorlage sollten vom Jahre 1895 ab jährlich 3 Millionen Mark für die Verbesserung des Gehaltes der Lehrer und Lehrerinnen und 1 Million Mark für Volksschulbauten und außerdem sechs Millionen einmalig zu letzterem Zwecke bereit gestellt werden. Das Centrum und die Conservativen haben es durchgesetzt, daß nur für die Jahre 1893/94 und 1894/95 je zwei Millionen Mark zu Beihilfen an Schulgemeinden oder Schulverbände zu Volksschulbauten wegen Unvermögens gewährt werden sollen; im übrigen sollen die Volksschule und namentlich die der Hilfe dringend bedürftigen Lehrer leer ausgehen, bis die conservativ-clericale Brüderschaft durch ein nach ihrem Herzen ausgestaltetes Schulgesetz sich die Herrschaft über die Schule gesichert hat.

Der Unterrichtsminister hat sich vergeblich abgemüht, bei der weiteren Berathung der übrigen Bestimmungen der Vorlage die schwierigen Verhältnisse der Volksschule klar zu machen und auf die bedenklichen Folgen eines solchen Zustandes hinzuweisen. Ihm lag vor allen Dingen auch daran, die Wirkungen des Gesetzes „gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Schulräthe" vom Jahre 1887 zu beseitigen. Die Beispiele, welche er von der Wirkung dieses Gesetzes gab, waren für jeden aufrichtigen Freund unserer Volksbildung von so überzeugender Natur, daß nur eine Mehrheit von der Beschaffenheit der conservativ-clericalen Verbrüderung sogar eine Commissionsberathung verschmähte und die Vorlage sogleich in der zweiten Lesung einfach ablehnen konnte. So demokratisch auch das gegenwärtige Centrum in allen politischen Fragen gesinnt ist, auf dem Gebiete der Schule wird es den Conservativen vom Schlage der Herren Stöcker und von Hammerstein immer als Führer für die reactionärsten Forderungen vorangehen. Für den Liberalismus ist dieses Verhalten der beiden größten Parteien des Abgeordnetenhauses eine neue dringende Mahnung, bei den nächsten Landtagswahlen alles daran zu setzen, um die Wiederkehr einer conservativ-ultramontanen Mehrheit zu verhindern.

Auch die in der zweiten Berathung der Vorlage abgegebene Erklärung des Ministers, daß er die Verantwortung für die Schulmisère nicht übernehmen könne, hat ihren Eindruck auf eine Mehrheit verfehlt, die einmal entschlossen ist, für die Schule nur Zugeständnisse zu machen, wenn sie durch ihre Auslieferung an die Kirche aufgewogen werden. Und obwohl Minister Bosse ein streng kirchlich gesinnter Mann und in confessioneller Beziehung ein Anhänger des Orthodoxismus ist, so traut ihm die evangelische wie katholische Orthodoxie, welche durch das Schulgesetz des Grafen Zedlitz vollständig darüber getäuscht ist, wie weit der Staat mit seinen Concessionen an die Kirche auf dem Schulgebiete gehen kann, nicht, weil er sich trotz seines Bekenntnißstandes die vollste Unbefangenheit für die Bedürfnisse der Volkserziehung bewahrt hat. Er strebt nach dem Ziele, die Fesseln, welche eine segensreiche Entwickelung der Schule niederhalten, zu lösen, und dazu gehört auch daß er dem Lehrerstande in socialer und amtlicher Beziehung eine angemessene Stellung geben will. Ihm ist es vorbehalten geblieben, die Vertretung des Lehrerstandes im Schulvorstande anzuordnen, um auch die Lehrer an der Schulverwaltung in gebührender Weise zu betheiligen und ihnen eine Mitwirkung dort zu sichern, wo sie vielleicht in erster Linie befähigt sind, Gutes zu schaffen. Wenn die Conservativen für ihr ablehnendes Votum finanzielle Bedenken geltend machen, so ist das nur ein Vorwand; ein trauriger Muth gehört zu der Behauptung, daß für die Lehrer genug geschehen sei. So muß es den vorläufig beim Alten bleiben; die Kreisausschüsse werden auch fernerhin die Entscheidung über jede Mehrleistung für die Volksschule behalten und so ungeheuerliche Beschlüsse zu Stande bringen, wie sie der Cultusminister geschildert hat. Dagegen fällt es sehr wenig ins Gewicht, daß der Dotationsfonds des Ministers um einige Millionen anschwellen sollte, so unangenehm auch die Dotationswirthschaft ist.

Eine wirkliche Besserung auf dem Gebiete des Schulwesens ist erst dann zu erwarten, wenn den löblichen Absichten des Ministers seitens der Volksvertretung entgegengekommen wird. Darum muß vor Allem dafür gesorgt werden, daß in der nächsten Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses eine conservativ-clericale Majorität nicht mehr vorhanden ist. Nothwendiger Weise werden Schulfragen bei den nächsten Wahlen zum Landtage eine große Rolle spielen; an dem Volke ist es, ein reactionäres Schulprogramm zu verhindern und für die Schaffung eines Schulgesetzes einzutreten, welches den Forderungen entspricht, die beim Fall des Entwurfes des Grafen Zedlitz als der Wille der überwiegenden Mehrheit des Volkes sich erwiesen haben.

Obwohl der Wunsch eines großen Theiles der Abgeordneten dahin ging, daß das Gesetz noch vor Pfingsten zur Erledigung gelange, damit es so früh als möglich ans Herrenhaus komme, ist die dritte Lesung doch verschoben worden. In dieser soll noch einmal der Versuch gemacht werden, das Gesetz insofern zu verbessern, als durch die Mittelparteien beantragt wird, die für Volksschulbauten bereit zu stellenden Mittel für die beiden nächsten Jahre auf je 3 Millionen Mark zu erhöhen. Die Volksschullehrer würden auch bei Annahme dieses Antrages keine Aufbesserung erfahren, es würden aber wenigstens die Gemeinden entlastet. Doch ist keine Aussicht vorhanden, daß die verbündeten Conservativen und Clericalen diesen Antrag annehmen werden. Die nächsten Landtagswahlen müssen erst die aus diesen Parteien bestehende Mehrheit beseitigen, wenn eine Beseitigung der vorhandenen Mißstände erreicht werden soll.

—n.

## Telegramme.

**Madrid,** 12. Mai. (C. T. C.) In der Nähe der Deputirtenkammer wurde eine Petarde mit erloschener Zündschnur gefunden. In Barcelona explodirten in verschiedenen Straßen fünf Petarden, ohne Schaden zu verursachen. Zwei Personen wurden in Haft genommen.

**Sistowo,** 12. Mai. (C. T. C.) Prinz Ferdinand von Bulgarien mit Gemahlin sind an Bord eines Separatdampfers gestern Abend im hiesigen Hafen eingetroffen. Die im Hafen ankernden Schiffe hatten Flaggenschmuck angelegt, auf dem Landungsplatze hatte sich eine große Menschenmenge eingefunden. Heute Vormittag begaben sich die Minister an Bord des Dampfers, um den Prinzen und die Prinzessin zu begrüßen, welche sich alsdann unter den Hurrahrufen der zahlreich versammelten Menschenmenge ans Land begaben. Auf der Landungsbrücke wurden der Prinz und die Prinzessin von den Spitzen der Civil- und Militairbehörden empfangen. Nach der überaus herzlichen Begrüßung reisten der Prinz Ferdinand und Gemahlin in Begleitung der Minister und des Gefolges direct nach Tirnowo ab.

**New-York,** 12. Mai. (C. T. C.) Der Präsident der Nicaraguacanal-Gesellschaft erklärt, daß die Insurgenten noch mindestens einhundert Meilen vom Eigenthum der Gesellschaft entfernt seien. Die Vereinigten Staaten hätten vertragsmäßig das Recht, Mannschaften in Nicaragua zum Schutze des Besitzthums Amerikanischer Unterthanen zu landen.

**New York,** 12. Mai. (C. T. C.) Der „New-York Herald" meldet aus Lima: Die Demission des Ministeriums ist angenommen und ein neues Cabinet unter dem Präsidium des Ministers des Auswärtigen, Jose Jiminez, gebildet worden.

**Washington,** 12. Mai. (C. T. C.) Die gestrige Meldung, der Präsident Cleveland, habe den Russischen Auslieferungsvertrag unterzeichnet, wird als verfrüht bezeichnet. Der Vertrag sei noch nicht aus Petersburg eingetroffen.

**Washington,** 12. Mai. (C. T. C.) Ueber die Unruhen in Nikaragua sind der Regierung von dem Consul der Vereinigten Staaten in Managua, W. Newell, folgende telegraphischen Mittheilungen zugegangen: Die Insurgenten haben unter der Führung des ehemaligen Präsidenten Zavalla gesiegt und sind Herren der Städte Granada, Managua, Rivas, Contales, Matagalpa und San Juan del Norte. Die Regierungstruppen, an Zahl 2000, sind schlecht organisirt und schlecht geführt. Die Insurgenten zählen 3000—5000 Mann und werden von tüchtigen Generalen befehligt. Die Regierung hat das Kriegsrecht proclamirt und eine Zwangsanleihe von 600 000 Doll. decretirt. — Auch aus anderen authentischen Quellen wird der Sieg der Insurgenten bestätigt, sowie daß dieselben den Nikaragua-Canal besetzt halten. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat das Kriegsschiff „Alliance" von San Francisco nach Nikaragua beordert.

(Siehe auch in der II. und III. Beilage.)

## Amtliche Nachrichten.

Der König hat dem Geheimen Ober-Justiz-Rath Keller, Mitglied des General-Auditoriats, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub verliehen.

Der Kaiser hat den nachbenannten Reichsbeamten die Erlaubniß zur Anlegung der ihnen verliehenen Insignien ertheilt, und zwar: des Großcomthurkreuzes des Großherzoglich Mecklenburgischen Haus-Ordens der Wendischen Krone: